

Französische Statthalter trainieren mit ‚antikolonialen‘ Sahelstaaten

von Pablo Flock

Die Militärs der Allianz der Sahelstaaten (AES) hielten zwischen 26. Mai und 3. Juni 2024 ihre ersten gemeinsamen taktischen Manöver im nigrischen Tillia ab, wie die LeMonde berichtet. Dem gegen die ehemalige Kolonialmacht Frankreich gehenden Trend stattgebend, nehmen jedoch auch Soldaten aus dem Tschad und Togo teil. Wahrscheinlich bekam das Manöver deswegen den großspurigen Titel «d'envergure», zu Deutsch: „von Tragweite“.

Die Allianz der Sahelstaaten wurde im letzten Jahr durch Mali, Burkina Faso und Niger gegründet, nachdem sich in diesen Ländern zwischen 2020 und 2023 Militärs an die Macht geputscht hatten und die französischen und internationalen Militärmissionen herauswarfen. Hiermit sollte Einigkeit gegenüber einer angedrohten Militärintervention der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) gegen die Putschisten in Niger demonstriert werden. Tschad und Togo hingegen werden von zwei Präsidenten regiert, die beide unterstützt durch Frankreich und die heimischen Generäle diese Rolle in alter dynastischer Despotenmanier aber gegen die jeweiligen Verfassungen von ihren Vätern übernommen hatten. Den Verfassungsputsch im Tschad, in dem der amtierende Mahamat Idriss Débys nach dem Tod seines Vaters von den Generälen als dessen Nachfolger eingesetzt wurde, zogen zumindest noch die Putschisten in Mali und Burkina Faso als Beispiel dafür heran, dass die Bewertung eines solchen durch den Westen maßgeblich davon beeinflusst sei, inwieweit die übernehmenden Militärs bereit sind, dessen Interessen zu entsprechen.

Beobachter wiesen jedoch schon während der drohenden Invasion durch die ECOWAS darauf hin, dass ausgerechnet diese dynastischen Despoten von Frankreichs Gnaden aus der Reihe fielen, indem sie einer Militärintervention gegen Niger nicht das Wort redeten, sondern für diplomatische Lösungen warben und Verhandlungskanäle offen hielten.

Eine weitere Annäherung des Tschads an die Militärjungen in der Nachbarschaft wurde mit der Verlautbarung der AES öffentlich, die dem Tschad eine Mitgliedschaft nach den nun am 6. Mai abgehaltenen Wahlen in Aussicht stellte. Und schon zuvor, als sich Déby im Januar beim Afrika-Gipfel im Kreml ablichten ließ, zeichnete sich eine engere militärische Kooperation mit Russland ab, was auch ein Grundpfeiler der Sicherheitspolitik der Staaten der AES darstellt, in denen russische Söldner und „Militärausbilder“ die Rolle der französischen Armee und der ebenfalls beendeten Ausbildungsmissionen der EU übernahmen. Kurz nachdem die nigrische Regierung im März das militärische Kooperationsabkommen mit den USA auflösten, welches sie als „einseitig auferlegt“ beschrieb, und noch bevor Söldner des russischen Afrikakorps Anfang Mai in einen abgetrennten Teil der von den Amerikanern für 100 Millionen Dollar gebauten Drohnenbasis Airbase 101 im Niger einzogen, komplimentierte auch der Tschad im April eine in der Hauptstadt N'Djamena stationierte US-amerikanische Spezialkräfte-Einheit heraus. Zeitgleich mit den rund 60 russischen Söldnern, die die Amerikaner auf ihrer weltweit größten Drohnenbasis in Bedrängnis oder zumindest Erklärungsnot brachten, hielten, wie Afrique Media berichtet, auch im Tschad 130 Soldaten der nun dem russischen Verteidigungsministerium unterstellten Nachfolgeorganisation der Wagner-Gruppe Einzug. Frankreich, welches das tschadische Regime unter der Regentschaft von Débys Vater mehrfach durch Bombardierung von auf die Hauptstadt vorrückende Rebellen rettete, scheint heute in der Gegend nicht mehr als ausreichender Garant gesehen zu werden – auch wenn das französische Kontingent im Tschad bisher noch bleiben darf.

Trotz dieser Affronts äußerte Frankreich übrigens weder bezüglich der tschadischen Wahl Anfang des Monats, in der sich Déby durch das Blockieren und sogar Töten von Oppositionskandidaten und unter Aus-

schluss der Wahlbeobachter der EU „demokratisch“ legitimieren ließ, noch bezüglich der Verfassungsänderung vom April im Togo, mit der Faure Gnassingbé seine Amtszeitenbegrenzung umging, Kritik oder überhaupt ein offizielles Statement.

Die selbst offenbar stärker an der Macht klammern und autoritärer werdenden Junten der Sahelstaaten werden jedoch nicht nur von den autoritärsten Langzeitherrschern des profranzösischen Blocks in Westafrika umworben. Auch der neue Präsident des Senegals, welcher als stabilste Demokratie der Region gilt, gewann die Wahl im März mit den Versprechen einer wirtschaftlichen und politischen Loslösung von Frankreich und reiste nun in der symbolträchtigen ersten Auslandsreise

seit Amtsantritt am Donnerstag, 30. Mai in die Sahelstaaten. Dort warb er für einen Wiedereintritt in die ECOWAS. Wenn nun der französische Einfluss auf die anderen Regierungen in der Regionalorganisation schwindet, könnten die Bedenken der souveränistischen Saheljungen genommen werden, die die Organisation als Machtvehikel Frankreichs sehen, und ein Dialog über die gemeinsame Zukunft in der Region wieder geöffnet werden. Den Bevölkerungen bleibt zu wünschen, dass demokratische Teilhabe darin eine größere und freiere Rolle spielt, als unter den sich nun zu retten suchenden profranzösischen Despoten.

Impressum

Redaktion:

Jacqueline Andres (Gotha), Yasmina Dahm (Tübingen), Pablo Flock (Tübingen), Thomas Gruber (Rosenheim), Alexander Kleiß (Tübingen), Martin Kirsch (Hannover), Christoph Marischka (Tübingen), Ben Müller (Tübingen), Christopher Schwitanski (Köln), Andreas Seifert (Bonn), Nabil Sourani (Berlin), Sven Wachowiak (Straßburg), Jürgen Wagner (Tübingen).

Autoren und Autorinnen:

Bernhard Klaus ist freischwebender Autor; Clara Kirchhoff ist Anwältin in Rostock mit Schwerpunkten im Aufenthaltsrecht und Strafrecht, Mitglied im Republikanischen Anwältinnen und Anwaltverein, sie interessiert sich für Bürgerrechte und Polizeirecht; Luca Heyer arbeitet zu Bundeswehr und Rechtsextremismus; Death in Custody dokumentiert seit 2019 Todesfälle in deutschem Gewahrsam und veröffentlicht diese; Asra Faez ist in migrantischen Kontexten in

Der Ausdruck wird herausgegeben von und bezogen über:

Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V.

Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen

Telefon: 07071 – 49154

Fax: 07071 – 49159

imi@imi-online.de

www.imi-online.de



IMI.FB



I_M_I



@imi@mastodon.social

NRW aktiv und hat an den Demos in Herford teilgenommen, ihr Interesse an politischer Arbeit kommt von einem Streben nach einer befreiten Gesellschaft für alle; Jonas Uphoff arbeitete im Rahmen seines Praktikums bei der IMI unter anderem zu Rheinmetall; Özelem Demirel ist Europaabgeordnete und dort u.a. Vize-Präsidentin im Ausschuss für Sicherheit und Verteidigung (SEDE).

Bildnachweise:

Titelbild: Polizeieinsatz beim Bundestagswahlkampf 1969, Quelle: Wikimedia/ Bundesarchiv, CC.

Bezugsbedingungen:

IMI-Mitglieder und Mitglieder des IMI-Fördervereins erhalten den Ausdruck kostenlos (ab einem Beitrag von 5 €/Monat). Deutschland: Einzelpreis 4,50 € (zzgl. Porto). Im Jahresabo (4 Hefte) 60 € bzw. Förderabo ab 70 €. Ausland: Einzelpreis 4,50 € (zzgl. Porto). Im Jahresabo (4 Hefte) 70 € bzw. Förderabo ab 80 €.

Eigentumsvorbehalt: Dieses Heft bleibt bis zur vollständigen Aushändigung Eigentum des Absenders. ‚Zur-Habe-Nahme‘ ist keine Aushändigung im Sinne dieses Eigentumsvorbehalts. Nicht ausgehändigte Hefte sind unter Angabe der Gründe der Nichtaushändigung an den Absender zurückzusenden.